

Die Brot- und Mehlsquote muß erhöht werden!

Die Koalitionsregierung hat jetzt eine Gelegenheit, ihre Daseinsberechtigung zu beweisen. Sozialdemokraten wie Christlichsoziale haben erklärt, daß sie beide ein schweres Gesinnungsoffer bringen müßten, ehe sie sich zum Zusammengehen entschlossen. Die Not der Zeit zwingt dazu, weil Deutschösterreich ohne eine gefestigte Mehrheit in der Nationalversammlung in ein Chaos zu versinken drohe. Zugegeben, daß dies richtig ist, so steht doch fest, daß von einem Wiederaufbau keine Rede sein kann, solange nicht eine auch nur annähernd ausreichende Ernährung gesichert ist. Die gegenwärtigen Brot- und Mehlsquoten sind aber, wie aus der medizinischen Statistik erwiesen ist, nur ein Schutz gegen den plötzlichen, keineswegs gegen den langsamen Hungertod. Die Koalition, die den Staat wiederaufbauen oder neu aufbauen will, muß also als erste Tat die Erhöhung der Brot- und Mehlsquote vollbringen.

Die Entente will täglich 1500 Tonnen Brotgetreide nach Deutschösterreich einführen. Außerdem gestattet sie uns die Einfuhr von 30.000 Getreide aus Argentinien, über deren Bezahlung wir uns mit den argentinischen Kaufleuten einigen sollen. Damit scheint die Erhöhung der Quoten ermöglicht. Da wir derzeit nur 1100 Tonnen täglich brauchen, so können 400 Tonnen — also mehr als ein Drittel des Tagesbedarfes — zur Erhöhung der Brot- und Mehlsquoten um dieses Drittel verwendet werden. Das Ernährungsamt soll sich mit der Absicht tragen, den täglichen Überschuß aus den Getreidezufuhren der Entente zur Ansammlung eines Vorrates zu verwenden, um bei einer Störung der Zufuhr Brotgetreide ausgeben zu können. Dieser Plan hat den Anschein zwingender Notwendigkeit, aber er geht von einem Denkfehler aus. Für unsere Ernährung ist heute die Entente verantwortlich und sie ist sich dieser Verantwortung sehr genau bewußt. Sie will aus uns Kriegsschadigungen herauschinden und um dies zu erzielen, muß sie uns bei Kräften erhalten. Das ist in allen Pariser Blättern täglich zu lesen. Den Mitgliedern der Entente-Kommission, mit denen nach ihrer Rückkehr aus Prag wieder verhandelt wird, ist daher klarzumachen, daß ein Andauern des jetzigen Ernährungszustandes für die Bevölkerung und den Staat den Untergang bedeutet. Die Rechenmeister in Paris müssen der Wahrheit gemäß überzeugt werden, daß ihr 30 Millionen Dollar-Darlehen ein verschwenderisches Almosen wäre, das wir nie zurückzahlen könnten, wenn man uns nicht die Möglichkeit zum Leben und Arbeiten gibt.